

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/151

10. August 1977

Besserer Schutz von Banken und Kreditinstituten

Erfolgversprechendstes Projekt ohne weiteren Verzug ver-
wirklichen

Von Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Budget bleibt im Brennpunkt

Konjunkturstrategen brauchen jetzt Nerven

Seite 3 / 39 Zeilen

Gedanken zu Europa

Ohne Umverteilung von Ressourcen wird Europa seine Zukunft
nicht meistern

Von Dr. Claus Arndt

Mitglied des Deutschen Bundestages in der 5. bis 7. Legis-
laturperiode

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Neussalle 2-18, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 405
Pressenhau 1, Zimmer 217-004
Telefon: 21 80 35/38
Telefax: 02 26 948-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 100-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Besserer Schutz von Banken und Kreditinstituten

Erfolgsversprechendstes Projekt ohne weiteren Verzug verwirklichen

Von Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Anzahl der Raubüberfälle auf Geldinstitute ist in letzter Zeit erheblich gestiegen. Aus der Kriminalstatistik ergibt sich folgendes Bild: 1971: 297 Fälle, 1972: 381 Fälle, 1973: 308 Fälle, 1974: 266 Fälle, 1975: 376 Fälle, 1976: 503 Fälle. Gegenüber 1975 also eine Steigerung um 33,8 Prozent. Die Aufklärungsquote liegt derzeit bei 63,2 Prozent, im Vergleich zu den Aufklärungsquoten bei anderen Straftaten keine besonders hohe Rate.

Ein verstärkter Schutz von Geldinstituten ist insbesondere unter dem Aspekt der Bekämpfung anarchistischer Gewaltkriminalität dringend geboten. Der terroristisch motivierte Täterkreis verfügt über mehrere Millionen Geldmittel, die im wesentlichen aus Banküberfällen stammen. Nun hat die von der Innenministerkonferenz am 10. September 1971 eingesetzte Arbeitsgruppe "Bankenschutz" im Mai 1977 zahlreiche Vorschläge für weitere Schutzmaßnahmen entwickelt, die zwischenzeitlich zu einem großen Teil realisiert worden sind.

Dies gilt jedoch nicht für das Thema "Einbau optischer Raumüberwachungsanlagen in Banken". Die Bankenschutzkommission hatte bereits 1972 festgestellt, "daß die optische Raumüberwachung generell als taugliches Mittel zur Verbesserung des Bankenschutzes und der Aufklärung und Fahndung bei Banküberfällen anzusehen ist". Allerdings überwog schon damals die Skepsis der Verbände der Kreditwirtschaft; denn sie sagten lediglich zu, ihren angeschlossenen Instituten die Installation derartiger Anlagen zur weiteren Erprobung nahezu legen. Jüngste Stellungnahmen des Bundesverbandes Deutscher Banken zeigen, daß die Kreditwirtschaft nach wie vor dem Einbau optischer Überwachungsanlagen reserviert bis ablehnend gegenübersteht.

Aber gerade wenn man die Eindämmung und Verhinderung des Aufbaus terroristischer Logistik mit Recht als wesentlichen Bestandteil eines Konzepts zur Bekämpfung anarchistischer Gewaltkriminalität ansieht, müssen die seit fünf Jahren vorliegenden Verbesserungsvorschläge zur optischen Raumüberwachung auf der Tagesordnung bleiben und realisiert werden.

Die von den Kreditinstituten und dem Bundesverband Deutscher Banken Ende 1974/Anfang 1975 eingegangenen Erfahrungsberichte hat das Bundeskriminalamt ausge-

wertet und nach Erprobung verschiedener Anlagen in Wiesbaden Anfang 1976 in einem umfangreichen Erprobungs- und Erfahrungsbericht zusammengefaßt. Ausgewertet wurden folgende optische Raumüberwachungsanlagen:

Überwachung durch Fotokamera,
Fernsehüberwachung innerhalb des Kreditinstituts,
Fernsehüberwachung durch Polizei, ausgelöst durch Polizeinotruf.

In seinem zusammenfassenden Bericht kommt das BKA zu dem Ergebnis, daß bisher keine dieser Anlagen die polizeilichen Erfordernisse optimal befriedigt. Als beste Lösung wurde eine kombinierte Fernseh- und Fotoüberwachungsanlage bezeichnet. Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer hat das BKA inzwischen angewiesen, bis zum 31. August 1977 die ihm für die Jahre 1974 und 1975 vorliegenden Unterlagen zu analysieren und Bericht über die Ausstattung der Geldinstitute mit Sicherungseinrichtungen sowie die jeweiligen Modalitäten der Banküberfälle zu erstatten. Daneben hat der Arbeitskreis II "Öffentliche Sicherheit und Ordnung" der IMK eine Expertengruppe eingesetzt, die die Banküberfälle der letzten Zeit gezielt untersuchen und hierbei insbesondere die Wirksamkeit der vorhandenen Sicherungseinrichtungen einer sorgfältigen Prüfung unterziehen soll.

Es bleibt zu hoffen, daß die seit 1972 laufende Erprobung optischer Raumüberwachungsanlagen nunmehr bald abgeschlossen ist und entsprechend gehandelt wird. An der Frage der Investitionskosten darf hier ein notwendiges und mögliches Mehr an innerer Sicherheit nicht scheitern. Im übrigen ist die optische Raumüberwachung zum Beispiel in den Vereinigten Staaten durch das "Bank Protection Act" bei den Geldinstituten verpflichtet eingeführt worden.

Einer breiteren Anwendung des Verfahrens "Fernsehüberwachung in Verbindung mit dem polizeilichen Notrufsystem" stehen bisher vor allem die hohen Leitungsmieten der Bundespost entgegen. Bereits 1972 hat sich der Bundesinnenminister an den Bundespostminister im Sinne einer Gebührenherabsetzung gewandt.

In Berlin haben Polizei und Banken mit Erfolg ein besonderes Konzept entwickelt, um die Überfallserie auf Banken in der ersten Jahreshälfte 1977 zu stoppen. Es sieht einen massiven Einsatz von mehreren Hundert Polizisten an bestimmten Tagen im Zusammenhang mit den Banken vor. Eine Übertragung des Berliner Konzepts auf das gesamte Bundesgebiet dürfte in absehbarer Zeit kaum möglich sein. Deshalb sollte das realisierte und zugleich derzeit erfolgversprechendste Projekt, die kombinierte Fernseh- und Fotoüberwachungsanlage in Verbindung mit dem polizeilichen Notrufsystem, ohne weiteren Verzug verwirklicht werden.

(-/10.8.1977/buy/j.r)

Budget bleibt im Brennpunkt

Konjunkturstrategen brauchen jetzt Nerven

Dem öffentlichen Gesamthaushalt kommt für die Konjunktorentwicklung in der nächsten Zeit eine ungleich größere Bedeutung zu als man das für diese Zeit noch vor wenigen Monaten hätte erwarten können. Gleichzeitig muß die Politik der Erkenntnis Rechnung tragen, daß der praktische Konjunkturverlauf keineswegs immer mit wissenschaftlichen Prognosen und Hochrechnungen identisch ist.

Dieser Schluß ist zu ziehen, nachdem das Wirtschaftskabinett der Bundesregierung Orientierungsmarken für die bedarfsgerechte Ausgestaltung des öffentlichen Gesamthaushaltes zusammen mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank erörtert hat.

Dabei liegt natürlich auch der Rückschluß nahe, daß der Staat vielleicht weniger mit materiellen Anreizen, sondern wohl mehr als direkter Nachfrager deshalb in die Konjunkturbresche springen muß, weil im privatwirtschaftlichen Bereich der Mut zum Risiko nicht sonderlich entwickelt ist.

Das größere unmittelbare Engagement auf der einen Seite könnte allerdings auch zu der Überlegung führen, ob für dessen Finanzierung nicht der Ausgabenkatalog in seiner gültigen Ausgabe durchforstet wird: der letzte Subventionsbericht bietet Ansatzpunkte genug. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf den 1. Januar 1979, wenn die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose auch die Zahlung der Rentenversicherungsbeiträge übernimmt.

Grundsätzlich aber ist eine größere Effizienz direkter staatlicher Nachfragepolitik unerläßlich: obgleich in der augenblicklichen Konjunkturphase Übersicht und starke Nerven nötig sind, muß die Trägheit des Beschluß-, Genehmigungs- und Vergabeapparates auf sämtlichen Ebenen der öffentlichen Verwaltung durch bedarfsgerechte Betriebsamkeit ersetzt werden: der Konjunktur, und damit dem Arbeitsmarkt ist nämlich überhaupt nicht gedient, wenn der öffentliche Gesamthaushalt etwa des Jahres 1978 eine konjunkturelle Ausgabereserve bekommt, von der aber im gleichen Jahr nur unbedeutende Teilbeträge auftragswirksam werden. Dies gilt vor allem für den Baubereich, wo den Genehmigungsbehörden eine zentrale Funktion für die Umsetzung politischer Entscheidungen in praktische Konjunktur zukommt.

Grundsätzlich aber muß man sich nun auch wohl darauf einstellen, daß - in welcher Form auch immer was auch immer geschieht - der Effekt unmittelbar einer Dauerprüfung unterworfen wird. Denn mit Vertrauen darauf, daß "es schon laufen wird", ist allein nicht mehr ein Wachrütteln aus der konjunkturellen Apathie zu erreichen: entsprechende Versuche haben in der Vergangenheit überzeugende Ergebnisse nicht gebracht; - auch wenn bei objektiver Betrachtung vier Prozent reales Wachstum in diesem Jahr zwar nicht ausreichen, um die Lage am Arbeitsmarkt zu entspannen, aber dennoch widerlegen, Stillstand prägen den Konjunkturverlauf des Jahres.

Theodor Tremmes
(-/10.8.1977/ks/ja)

+ + +

Gedanken zu Europa

Ohne Umverteilung von Ressourcen wird Europa seine Zukunft nicht meistern

Von Dr. Claus Arndt

Mitglied des Deutschen Bundestages in der 5. bis 7. Legislaturperiode

In diesen Tagen herrscht nicht nur in Bonn Ferienstimmung. Auch in der Brüsseler Zentrale der Europäischen Gemeinschaften ist Aufbruchstimmung im Hinblick auf die beginnende Sommerpause. Wenn dort im Herbst die Arbeit wieder beginnt, gilt es eine Fülle ebenso schwieriger wie bedeutsamer Probleme anzupacken, die im Interesse einer zufriedenstellenden und krisenmindernden Zukunftspolitik gemeistert werden müssen.

Noch unmittelbar vor Ferienbeginn überreichte der Außenminister der ersten seit 40 Jahren frei gewählten spanischen Regierung das Beitrittsgesuch seines Landes zur EG, um so zu erreichen, daß die schwierigen Beitrittsverhandlungen mit den Mitglied aspiranten Griechenland, Spanien und Portugal gleichzeitig und ohne Diskriminierung eines dieser Länder geführt werden. Die agrarpolitische Konkurrenzsituation der potentiellen Neumitglieder zu den bisher schon der EG angehörenden Mittelmeerstaaten ist offensichtlich. Die Ausweitung des Kreises der Mitgliedsstaaten birgt daher auf den Gebieten der Landwirtschaft und damit der Finanzen viel politischen Sprengstoff. Bedenkt man jedoch, daß kein Land Westeuropas es sich leisten kann, seine Nachbarn in wirtschaftliche Krisen geraten zu lassen, dann werden auch denjenigen Mitgliedsstaaten, denen die Ausweitung der Gemeinschaft zusätzliche Opfer auferlegen wird (und dazu gehört in erster Linie die Bundesrepublik) erkennen müssen, daß es in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt, hier Solidarität zu üben. Ohne Umverteilung von Ressourcen wird das ganze Europa seine Zukunft nicht meistern können. Außerdem sollten die europäischen Demokratien honorieren, daß die drei neuen Kandidaten nach der Überwindung diktatorischer Systeme nunmehr in ihren Kreis zurückgekehrt sind

und die Demokratie dort nur mit Erfolgen gesichert werden kann, die für die Menschen erkennbar sind.

Aber auch das, was man die Ostpolitik der EG nennen könnte, nämlich das Verhältnis zu den Staatshandelsländern des RGW, birgt viele Probleme in sich. Zwar bahnt sich ein, wenn auch offensichtlich recht mühsamer Dialog zwischen der EG und dem RGW an. Aber noch immer fehlt es an der Bereitschaft der Sowjetunion und anderer Ostblockländer, endlich von der Realität auszugehen, daß die EG auf bestimmten Gebieten - vor allem der Handelspolitik und des Umweltschutzes - eigene und ursprüngliche Kompetenzen besitzt, die nur sie allein und nicht mehr ihre Mitgliedsländer zum möglichen Vertrags- und Verhandlungspartner machen.

Für die Zukunft Westeuropas ist es nicht ohne erhebliche Gefahren, daß Zwänge und Einflüsse verschiedener Art die EG in einer Reihe von Fällen zu Kompromissen bewegen haben, die Rechte und Status der EG-Kommission international beeinträchtigen. Bedauerlich ist, daß man dies selbst dort beobachten kann und muß, wo - wie bei den Fischereiverhandlungen - die EG sich in einer besonders günstigen Position befand. Es ist ebenso gefährlich, die Wahrnehmung von Rechtspositionen mit Politik zu verwechseln wie bei der Ansteuerung politischer Ziele auf den Stand und die Gestaltung der rechtlichen Lage keine Rücksicht zu nehmen. Es erscheint sehr fraglich, ob alle Beteiligten hier schon das rechte Maß gefunden haben. Die Mitgliedsstaaten der EG sollten erkennen, daß sie nur gemeinsam verlieren können, wenn sie gerade im Außenverhältnis die EG-Kommission nicht bei der möglichst umfassenden Ausschöpfung ihrer Rechte unterstützen.

Große Hoffnungen werden vielerorts in das erste direkt gewählte Europa-Parlament gesetzt. In Brüssel hört man allerdings manche Stimme, die erst 1979 für ein realistisches Wahldatum hält. Hier sollten die Politiker aller Parteien und Länder daran arbeiten, daß nicht durch den Zeitpunkt und die politische Praxis nach der Wahl neue Resignation und Frustration die Bürger Europas ergreift.

(-/10.8.1977/bgy/ja)